

WELTVERFOLGUNGSINDEX 2023

WO CHRISTEN AM STÄRKSTEN VERFOLGT WERDEN

PLATZIERUNG AUF DEM WELTVERFOLGUNGSINDEX
38

LÄNDERPROFIL

Mexiko



Platz 38 / 67 Punkte (2022: Platz 43 / 65 Punkte)
Berichtszeitraum: 1. Oktober 2021 – 30. September 2022

Überblick

Die zunehmende Präsenz krimineller Gruppen und der Kampf um territoriale Kontrolle bedeuten, dass Christen und Gemeindeleiter, die in diesen umkämpften Gebieten leben, ständig der Gefahr ausgesetzt sind, ins Visier genommen zu werden. Dies gilt besonders dann, wenn die Christen als Bedrohung für kriminelle Operationen wahrgenommen werden und den Forderungen der Gruppen nicht gehorchen. In indigenen Gemeinschaften müssen diejenigen, die die religiösen Überzeugungen der Gemeinschaft aufgeben, mit Ablehnung und Strafen wie Geldstrafen, Inhaftierung und Zwangsumsiedlung rechnen. Die allgemeine gesellschaftliche Intoleranz gegenüber dem christlichen Glauben und seinen Überzeugungen nimmt weiter zu, insbesondere wenn Christen sich auf der Grundlage ihres Glaubens zu Ehe-, Familien- und Lebensfragen äußern.

ECKDATEN

STAATSOBERHAUPT

Präsident Andrés Manuel López Obrador

BEVÖLKERUNG

131.563.000

CHRISTEN

125.738.000 / 95,6 %

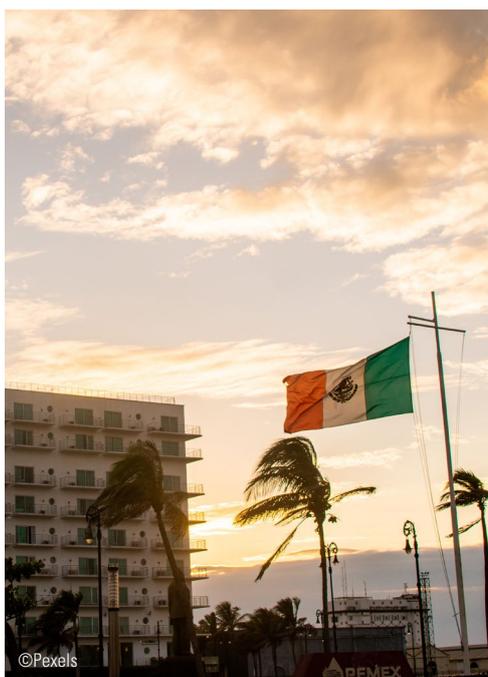
(Quelle: World Christian Database)

HAUPTRELIGION

Christlicher Glaube

STAATSFORM

Föderale Präsidentialrepublik



Hintergrund

Präsident Andrés Manuel López Obrador (in der Öffentlichkeit bekannt als „AMLO“) trat sein Amt 2018 an. Er wurde dafür kritisiert, dass er während der Covid-19-Pandemie der Wirtschaft Vorrang vor der Gesundheit einräumte, sowie für seine zunehmend autoritäre Regierung. Human Rights Watch hat Verstöße durch das Militär angeprangert, wie etwa die Anwendung von Folter, um Geständnisse zu erlangen, gewaltsame Verschleppungen von Personen, außergerichtliche Tötungen und Angriffe auf Journalisten und Menschenrechtsverteidiger. Außerdem wurden Anschuldigungen gegen die Polizei, die Nationalgarde und die Regierung selbst erhoben, die besagen, dass es eine stillschweigende Zusammenarbeit mit den Drogenbossen gäbe. Trotz der anfänglichen Unterstützung für López Obrador verlor seine Partei MORENA bei den Zwischenwahlen im Juni 2021 einen Großteil ihrer Mehrheit im Unterhaus des Kongresses und ist nun auf die Unterstützung von Verbündeten angewiesen, um ihre Agenda durchsetzen zu können.

In Mexiko gibt es keine offizielle Staatsreligion und in den staatlichen Schulen wird kein Religionsunterricht erteilt. Laut dem Gesetz zur Regulierung religiöser Organisationen dürfen Kirchenvertreter nicht öffentlich ihre politische Meinung kundtun oder ein öffentliches Amt bekleiden. Staatliche Behörden dürfen wiederum nicht in interne Angelegenheiten religiöser Gemeinschaften eingreifen. Die Intoleranz gegenüber Christen, die ihre auf ihrem Glauben beruhenden Ansichten verteidigen, hat zugenommen, was häufig auf eine falsche Auslegung der Trennung von Kirche und Staat zurückzuführen ist.

Die Volks- und Wohnungszählung 2020 ergab, dass 11.800.247 Menschen in indigenen Haushalten leben, obwohl es Probleme aufgrund von Covid-19 gab, wodurch nicht alle erfasst wurden. In diesen Gemeinschaften sehen sich Christen mit Widerstand konfrontiert, wenn sie nicht den religiösen Praktiken und Bräuchen der ethnischen Gruppe folgen, der sie angehören. Da die Anführer ethnischer Gruppen diejenigen sind, die in ihren jeweiligen Gebieten Recht sprechen, wird die Religionsfreiheit der indigenen Bevölkerung von den lokalen (staatlichen) Behörden nicht garantiert.

Weltanschauungen	Anhänger	%
Christen	125.738.000	95,6
Anhänger ethnischer Religionen	1.395.000	1,1
Atheisten	150.000	0,1
Agnostiker	3.979.000	3,0

Quelle: World Christian Database

Gibt es regionale Unterschiede?

Kriminelle Netzwerke haben sich im gesamten Staatsgebiet Mexikos ausgebreitet und sind nicht länger auf die sogenannten »Narco-Staaten« beschränkt. Jüngsten Informationen zufolge gibt es 148 kriminelle Gruppen, die im ganzen Land aktiv sind.

Die Verfolgung von Christen in indigenen Gemeinschaften tritt insbesondere im südlichen Teil Mexikos auf, etwa in Chiapas, Guerrero, Hidalgo, Jalisco, Nayarit, Oaxaca, Puebla, Baja California, Yucatán und Zacatecas.

Nationale Gesetze, die eine sehr strikte Auffassung der Trennung von Kirche und Staat und der Nichtdiskriminierung unterstützen, wirken sich auf die Christen im ganzen Land aus. Der Vandalismus an Kirchengebäuden und die Intoleranz gegenüber Christen, die in strittigen Fragen christliche Ansichten vertreten, sind jedoch besonders hoch in Bundesstaaten wie Colima, Jalisco, Guanajuato, Morelos, Mexiko-Stadt, México, Oaxaca und Veracruz.

Was sind die stärksten Triebkräfte der Verfolgung?

Organisiertes Verbrechen und Korruption

Der Korruptionswahrnehmungsindex 2021 von Transparency International stuft Mexiko auf Platz 124 von 180 Ländern ein, mit einem Wert von 31 von 100 (0 = sehr korrupt und 100 = sehr integer). Gemessen an der Zahl der gewaltsamen Todesfälle war 2021 zum dritten Mal in Folge das gewaltsamste Jahr. Im Berichtszeitraum des Weltverfolgungsindex 2023 hat sich der Plan der Regierung, die Gewalt mit militärischer Stärke einzudämmen, erneut als unwirksam erwiesen. Das hohe Maß an Straflosigkeit und Korruption hat Kommentatoren dazu veranlasst, Mexiko als »Narco-Staat« zu bezeichnen. Christen, die die Behörden über illegale Aktivitäten informieren oder als Menschenrechtsverteidiger auftreten, werden als Bedrohung für die Interessen krimineller Gruppen angesehen. Diese Christen können dann schnell zur Zielscheibe von Repressalien aller Art werden, von Angriffen, Überwachung, Einbrüchen und Raubüberfällen auf ihre Gotteshäuser und Wohnungen, Todesdrohungen, Entführungsversuchen und sogar Morden. Bei ihrem Vorgehen gegen Kirchenleiter zeigen kriminelle Gruppen ein steigendes Maß an Grausamkeit.

Unterdrückung durch den Clan oder Stamm

Der Staat interveniert unter indigenen Gemeinschaften nur minimal, da er ihr Recht auf Autonomie anerkennt. In solchen Gemeinschaften versuchen die Anführer ethnischer Gruppen, einen Lebensstil durchzusetzen, der durch Ahnenkult oder synkretistische Bräuche (meist im Zusammenhang mit der Römisch-Katholischen Kirche) geregelt wird. Wenn christliche Konvertiten sich nicht an solchen Bräuchen beteiligen, werden sie von der Gemeinschaft unter Druck gesetzt, indem sie zwangsumgesiedelt, mit Geldstrafen belegt, isoliert, von grundlegenden gemeinschaftlich genutzten Ressourcen ausgeschlossen, inhaftiert oder geschlagen werden. Ihr Eigentum kann zerstört werden. Über die staatliche Menschenrechtskommission wurden Maßnahmen ergriffen, um die körperliche Unversehrtheit und die persönliche Sicherheit der indigenen Christen, die nicht anerkannten kirchlichen Gruppen angehören, zu gewährleisten. Trotzdem werden die zuvor beschriebenen Angriffe auf Christen nicht immer ausreichend aufgearbeitet.

Säkulare Intoleranz

Ideologische Interessengruppen und einige Regierungsbehörden versuchen, eine säkularistische Agenda zu fördern, die darauf abzielt, die Beteiligung von Christen am öffentlichen Leben einzuschränken, insbesondere wenn sie öffentliche Ämter bekleiden. Christen erleben zunehmend gesellschaftliche Intoleranz, wenn sie ihre Glaubensüberzeugungen zum Ausdruck bringen, auch am Arbeitsplatz oder in der Schule. Der Vandalismus an kirchlichem Eigentum nimmt zu, doch die Behörden führen nur selten gründliche Untersuchungen durch, da sie ihn nicht als »echtes Problem« betrachten.

Eine vollständige Übersicht aller im Land wirksamen Triebkräfte finden Sie im ungekürzten, englischen Länderprofil.

Welche Christen sind von Verfolgung betroffen?

Christen aus traditionellen Kirchen

Diese Kategorie besteht aus der Römisch-Katholischen Kirche, die die größte Denomination darstellt, und kleineren orthodoxen, presbyterianischen und anglikanischen Gemeinschaften. Katholiken sind besonders von den Aktivitäten krimineller Banden und der Korruption lokaler Behörden betroffen, die auch Gewaltakte gegen kirchliche Leiter umfassen können. Manchmal steht es den traditionellen Kirchen nicht frei, ihren Glauben mit Mitgliedern indigener

Gemeinschaften zu teilen, die einem Ahnenkult folgen, oder sie darin zu unterrichten. Christen aus traditionellen Kirchen haben mit der zunehmenden säkularen Intoleranz zu kämpfen, vor allem wenn versucht wird zu verhindern, dass ihre auf dem Glauben basierenden Meinungen in der Öffentlichkeit gehört werden.

Christen anderer religiöser Herkunft (Konvertiten)

Diese Kategorie beinhaltet Christen, die von traditionellen Kirchen zu anderen Denominationen übergetreten sind, oder Christen, die einen kriminellen (Banden-)Hintergrund haben, sowie Christen indigener Herkunft, die die religiösen Praktiken der Gemeinschaft, der sie zuvor angehörten, aufgegeben haben. Diese ethnischen Bräuche können auf dem Ahnenkult beruhen oder synkretistisch sein (meist mit dem römisch-katholischen Glauben verbunden). Indigene Konvertiten stehen oft unter erheblichem Druck, ihren neuen Glauben aufzugeben, und können mit Gewaltandrohungen, Verhaftung und sogar Ausschluss aus der Gemeinschaft bedroht sein.

Christen aus protestantischen Freikirchen

Evangelikale Christen, Pfingstgemeinden und die Erneuerungsbewegung leiden unter Vergeltungsmaßnahmen von Mitgliedern indigener Gemeinschaften, die keine anderen religiösen Gruppen in ihrer Gemeinschaft akzeptieren wollen. Dies gilt insbesondere, wenn sie sich in indigenen Gemeinschaften engagieren. In Gebieten, die vom organi-



sierten Verbrechen kontrolliert werden, laufen sie außerdem Gefahr, wegen ihrer aktiven Weitergabe des Evangeliums unter Druck gesetzt oder angegriffen zu werden. Sie werden kritisiert und bedroht, weil sie ihre religiösen Ansichten in der Öffentlichkeit vertreten.

Wie erfahren Christen Druck und Gewalt?

Betroffene Lebensbereiche und Auftreten von Gewalt



Die Summe der Wertungen aller sechs Bereiche (die maximale Punktzahl beträgt jeweils 16,7) ergibt die Gesamtpunktzahl und somit die Platzierung auf dem Weltverfolgungsindex. Das Verfolgungsmuster zeigt das Ausmaß von Druck und Gewalt, welche durch das Zusammenwirken der Triebkräfte hervorgerufen werden.



Privatleben

Seit der Covid-19-Krise spielen Online-Plattformen eine wichtigere Rolle als je zuvor. Für kriminelle Gruppen wurde es einfacher, Christen ins Visier zu nehmen, die Material veröffentlichten, das sich gegen Gewalt und illegale Aktivitäten ausspricht. Christen, die in den sozialen Medien glaubensbasierte Ansichten zu Themen wie Familie, Ehe und der Würde des Lebens vertreten, wurden kritisiert, verspottet und angegriffen. In indigenen Gemeinschaften hat die Überwachung christlicher Konvertiten nach der Pandemie stark zugenommen. Wenn christliche Symbole gefunden werden, ist es wahrscheinlich, dass sie zerstört und die Christen, denen sie gehören, bestraft werden. Aus Loyalität zur Gemeinschaft verraten selbst unmittelbare Familienangehörige Konvertiten bei den indigenen Anführern.

Familienleben

Indigenen christlichen Kindern wurde gedroht, sie von ihren Eltern zu trennen, oder sie wurden daran gehindert, von ihnen unterrichtet zu werden, nachdem ihre Eltern den christlichen Glauben angenommen und den traditionellen Glauben der Gemeinschaft aufgegeben hatten. Auch das organisierte Verbrechen ist eine Ursache für die Trennung von Familien: Die Gefahr von Angriffen kann so groß sein, dass einige christliche Familienmitglieder gezwungen sind, sich an einen anderen Ort zum Leben zu suchen, der sicher ist. Die Rekrutierung von Kindern durch kriminelle Gruppen ist sprunghaft angestiegen. Sie werden benutzt, um Drogen in Lebensmitteln und Medizin zu schmuggeln und in den sogenannten Selbstverteidigungsgruppen zu kämpfen. Zwangsvertreibung ist auch eine häufige Bedrohung für indigene Christen, die in ihren Stammesgemeinschaften leben.

Gesellschaftliches Leben

Christen werden sowohl in indigenen Gemeinschaften als auch in Gebieten, die vom organisierten Verbrechen beherrscht werden, genau überwacht. Innerhalb der indigenen Gemeinschaften sind Christen Schikanen, Geldstrafen, Drohungen und Zwangsumsiedlungen ausgesetzt, wenn sie sich weigern, an Gemeinschaftsaktivitäten teilzunehmen, die dem christlichen Glauben widersprechen. Kriminelle Gangs erpressen Schutzgeld von Gemeindeleitern und anderen Christen, damit diese ihre Aktivitäten ungestört ausführen können. Am Arbeitsplatz sehen sich Christen von Seiten der »Nichtdiskriminierungspolitik« einem gewissen Druck ausgesetzt, bestimmte Forderungen zu befolgen und an Aktivitäten teilzunehmen, die gegen ihr Gewissen verstoßen könnten.

Leben im Staat

Artikel 24 der Verfassung gewährt Religions- und Weltanschauungsfreiheit, schränkt aber auch die Äußerung und Lehre des eigenen Glaubens ein und verlangt, dies auch im politischen Kontext einzuhalten. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung wird durch Gesetze und Gerichte eingeschränkt. Einhergehend mit der tiefverwurzelten Korruption erlauben die staatlichen Behörden kriminellen Gruppen, Aktivitäten von zivilgesellschaftlichen Organisationen zu behindern, insbesondere derjenigen, die mit Jugendlichen in Programmen zur Drogen- und Kriminalitätsprävention oder mit Migranten arbeiten. Darüber hinaus können sich bei religiösen Konflikten, in die indigene Christen verwickelt sind, aufgrund der Gesetzgebung zur indigenen Autonomie in der Regel ethnische Bräuche behaupten. Der Rechtsrahmen für Nichtdiskriminierung und strikten Säkularismus wird häufig dazu benutzt, ein Klima der Selbstzensur gegen Christen zu fördern, wenn diese ihre auf dem Glauben basierenden Ansichten im öffentlichen Raum zum Ausdruck bringen wollen.

Kirchliches Leben

In indigenen Gemeinschaften werden Christen indigener Herkunft, die als christliche Leiter betrachtet werden, zusammen mit ihren Familien besonders schikaniert. Diejenigen, die ihre Stimme gegen ihre Unterdrückung erheben, werden bedroht, zwangsvertrieben oder verhaftet. In Gebieten, in denen das organisierte Verbrechen dominiert, reagieren kriminelle Gruppen oft mit gewaltsamen Vergeltungen, wenn Christen sie anzeigen. Christliche Leiter und ihre Familien sind die häufigsten Opfer von Zwangssteuern, Bußgeldern oder Erpressung. Christliche Predigten und Lehren werden von Lobbygruppen, die religiöse Leiter als »hasserfüllt«, »diskriminierend« oder respektlos gegenüber dem Säkularismus abstempeln (und manchmal von Regierungsbeamten unterstützt werden), genauestens beobachtet.

Beispiele für Auftreten von Gewalt

- Im Juni 2022 wurden zwei Jesuitenpriester in der Ortschaft Cerocahui in Chihuahua ermordet. Die Leichen der Geistlichen Javier Campos Morales und Joaquín César Mora wurden nach dem Mord im Stil einer Hinrichtung von bewaffneten Männern mitgenommen. Die Priester wurden getötet, als sie versuchten, einem verletzten Mann zu helfen, der ebenfalls getötet wurde. In der gleichen Gegend wurde einigen Nonnen derselben Jesuitengemeinschaft wegen ihrer seelsorgerlichen Arbeit unter Jugendlichen mit Vergewaltigung gedroht.
- Im Januar 2022 berichteten evangelikale Einwohner von San Pedro Chimaltepec in Oaxaca über die Schließung und Plünderung ihrer Kirche und die Inhaftierung von drei Personen, die sich nicht an die religiösen Überzeugungen ihres sozialen Umfelds hielten und sich weigerten, an einer »Verwaltung durch die kommunale Gemeinschaft« teilzunehmen.
- Am 19. Januar 2022 erklärte das Bundeswahlgericht der Justizbehörde (die Oberste Kammer) zwei Kardinäle, einen Bischof und zwei Priester für schuldig, gegen das Wahlgesetz verstoßen zu haben, indem sie katholische Christen dazu ermutigt hatten, für bestimmte Kandidaten zu stimmen, die das Leben und die Familie nach christlichen Grundsätzen verteidigten. Die Oberste Kammer entschied, dass das Innenministerium über die zu ergreifenden rechtlichen Maßnahmen entscheiden sollte, die von einem einfachen Verweis bis zu einer Geldstrafe von drei Millionen Pesos (etwa 150.000 US-Dollar) reichen können.

Entwicklung in den letzten 5 Jahren

Jahr	Platzierung	Punktzahl
2023	38	67
2022	43	65
2021	37	64
2020	52	60
2019	39	61

Die Tabelle zeigt die Wertungen und Platzierungen auf dem Weltverfolgungsindex der vergangenen fünf Jahre, sofern das Land mehr als 41 Punkte erreicht hat und damit ein hohes Ausmaß an Verfolgung vorliegt.

Die Punktzahl Mexikos stieg um etwa zwei Punkte, was auf das Ausmaß an Gewalt zurückzuführen ist, das im Berichtszeitraum erfasst wurde. Kriminelle Gruppen nehmen weiterhin Christen ins Visier, wo immer sie als Bedrohung für die illegalen Aktivitäten einer Gruppierung wahrgenommen wurden, und nutzen die Schwäche der staatlichen Politik aus, die Korruptionsnetzwerke und Straffreiheit zulässt. Christen in indigenen Gemeinschaften sehen sich zunehmend Anfeindungen ausgesetzt, weil sie sich weigern, ihren angestammten und traditionellen Bräuchen (meist vermischt mit römisch-katholischen Praktiken) zu folgen. Auch die religiöse Intoleranz, die von ideologischen Gruppen gegen christliche Äußerungen im öffentlichen Raum betrieben wird, nimmt zu.

Sind Frauen und Männer unterschiedlich von Verfolgung betroffen?

Frauen: Die anhaltende organisierte Gewalt stellt viele Herausforderungen dar, darunter Femizide, zunehmende häusliche Gewalt und Menschenhandel. Kriminelle haben die Covid-19-Pandemie ausgenutzt, um ihre Aktivitäten zunehmend ungestraft auszuweiten. Mädchen können unter dem Deckmantel der Mitgift verschleppt werden und sind ein leichtes Ziel für Entführungen und sexuelle Sklaverei durch bewaffnete Gruppen. Christliche Mädchen werden aufgrund ihrer vermeintlichen Gefügigkeit zur Zielscheibe und sind gezwungen, Beziehungen zu Mitgliedern krimineller Gruppen zu unterhalten. In indigenen Gemeinschaften sind Zwangsheirat und körperliche und verbale Misshand-

lung von christlichen Konvertitinnen üblich, und Christinnen wird der Zugang zur Gesundheitsversorgung erschwert.

Männer: Vor dem Hintergrund anhaltender Gewalt und organisierten Verbrechens sind junge Männer und Jungen gefährdet, getötet zu werden. In Gebieten, die von kriminellen Gruppen kontrolliert werden, besteht die Gefahr der Indoktrinierung und Zwangsrekrutierung. Wer Widerstand leistet, wird bedroht, entführt oder getötet. Männer sind als Familien- und Kirchenoberhäupter starkem Druck und Gewalt ausgesetzt, da christliche Leiter am häufigsten Opfer von Geldstrafen und Erpressung werden. Sie werden ins Visier genommen wegen ihrer gemeinnützigen Arbeit und weil sie sich gegen illegale Aktivitäten aussprechen. Christliche Konvertiten mit indigenem Hintergrund sind Schlägen, Schikanen und Ablehnung durch die Gemeinschaft ausgesetzt.

Verfolgung anderer religiöser Gruppen

Laut dem Bericht zur internationalen Religionsfreiheit 2021, der im Auftrag des US-Außenministeriums erstellt wird, gingen im Jahr 2021 beim Nationalen Rat zur Verhinderung von Diskriminierung (CONAPRED) der Regierung drei Beschwerden wegen religiöser Diskriminierung ein, im Jahr 2020 waren es nur zwei. Zwei der drei Beschwerden richteten sich gegen Beamte, die angeblich Zeugen Jehovas und Muslime diskriminierten.

Nach Angaben des Observatorio Internacional de Libertad Religiosa (Internationale Beobachtungsstelle für Religionsfreiheit) überfielen drei bewaffnete Personen eine Gruppe von etwa 40 Zeugen Jehovas in einem Gotteshaus in Puebla. Die Täter drangen am Sonntagnachmittag mit Waffengewalt in das Gebäude ein und nahmen den Anwesenden ihre Wertsachen ab.

Nach Angaben von »Ciudadanía Express« ordnete ein mexikanisches Gericht an, dass der jüngsten Tochter eines Ehepaars der ethnischen Gruppe der Rarámuri eine Bluttransfusion verabreicht werden sollte, obwohl die Eltern eine solche Behandlung aus religiösen Gründen ablehnten.



©Unsplash

Verstöße gegen internationale Verpflichtungen und Menschenrechte

Mexiko hat sich in den folgenden internationalen Verträgen zur Achtung und zum Schutz der Grundrechte verpflichtet:

1. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)
2. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)
3. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT)
4. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)
5. Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC)

Mexiko kommt seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, da es regelmäßig gegen die folgenden Rechte von Christen verstößt oder sie nicht schützt:

- Christliche Konvertiten aus indigenen Gemeinschaften werden von ihrer Familie und Gemeinschaft unter Druck gesetzt und gewaltsam gezwungen, ihrem Glauben abzuschwören (ICCPR Art. 18)
- Christliche Kinder aus indigenen Gemeinschaften werden wegen des Glaubens ihrer Eltern schikaniert (ICCPR Art. 18 und CRC Art. 14)
- Christliche Leiter werden überwacht und ihre Aktivitäten intensiv beobachtet (ICCPR Art. 17)
- Christliche Konvertitinnen aus indigenen Gemeinschaften sind der Gefahr einer Zwangsheirat ausgesetzt (ICCPR Art. 23; CEDAW Art. 16 und ICESCR Art. 10)



Wann Open Doors von Christenverfolgung spricht

Open Doors ist als überkonfessionelles christliches Hilfswerk seit 1955 in mittlerweile mehr als 70 Ländern im Einsatz für verfolgte Christen. Zudem dokumentiert Open Doors, in welcher Intensität und in welchem Umfang Christen in ihren Heimatländern aufgrund ihres Glaubens Verfolgung, Diskriminierung und Rechtsverletzungen ausgesetzt sind.

Christen werden wegen ihres Glaubens an Jesus Christus verfolgt und diskriminiert:

- 1. DIREKT** durch Regime, politische, religiöse und kriminelle Gruppen, durch die Gesellschaft und die eigene (Groß-)Familie: in Form von Razzien, Verhaftungen, Folter, Verurteilungen ohne fairen Prozess und aufgrund falscher Anschuldigungen, Überwachung, Gewalt gegen Christen und ihre Kirchen und Einrichtungen, Plünderung, Raub, Versklavung, Schläge, Tötungen, Diskriminierung im Arbeits- und Bildungsbereich und vieles mehr;
- 2. INDIREKT** durch Regime, die die Rechte der Christen nicht schützen.

Open Doors spricht von Verfolgung und Diskriminierung von Christen, wenn ihr Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit verletzt und/oder nicht geschützt wird oder ihnen das Recht verweigert wird, ihren Glauben auszuüben.

Die Bilder in diesem Länderprofil wurden zu Illustrationszwecken verwendet.

Open Doors Deutschland e.V.

Postfach 11 42 · 65761 Kelkheim

T 06195 6767-0

E info@opendoors.de · I www.opendoors.de

Pressebüro

T 06195 6767-180

E pressebuero@opendoors.de



OpenDoors

Im Dienst der verfolgten **Christen** weltweit